Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Nummer 10 Pfge.

Auflage 37000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux d. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Mieh in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Stelner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Die Redaktion nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Geldeinsendung. Alte Gilden kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pf.

Tapisserie-Weihnachts-Ausverkauf
zu bekannt billigsten Preisen.
Hartmann & Saam,
Schlossstrasse 17, gegenüber dem kgl. Schloss.

Herren-Artikel
wie: Hemden, Hosen, Socken, Jacken, Joppen, Jaquets, Havelocks, Kaisermäntel, Schlafröcke, Sanitätsröcke, Sanitätshosen, Reisedecken, Plaids, Cachenez, Cravatten, Taschentücher, Hosenträger, Schirme in guten Qualitäten zu sehr billigen Preisen. Illustrirte Preisverzeichnisse gratis und franko. Auswahlsendungen nach auswärts.
Osc. Lehmann (sonst Ernst Winzer),
Schlossstrasse Nr. 21.

Kinder-Garderoben-Magazin
von
Wilsdrufferstr. Nr. 43 **J. Boss** Wilsdrufferstr. Nr. 43
empfiehlt ein reichhaltiges Lager **eleganter Garderobe** für Knaben und Mädchen bis zum Alter von 16 Jahren. Bestellungen nach Mass werden in eigenen Ateliers prompt erledigt.

En gros. **Kaufhaus Laden 6.**
Japan- und China-Waaren und Thee (Specialität).
Einziges Import-Geschäft dieser Branche im Königreich Sachsen.
R. Seelig,
Kaufhaus Laden 6. **En detail.**
Beliebteste Artikel zu **Geschenken.** Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
NB. Namentlich sind zu diesem Zwecke die fein lackirten und mit Perlmutter ausgelegten **Holzwaaren** sehr beliebt und geschätzt.

Nr. 337. Witterung vom 2. December. Barometer nach Dove Böfeld, Wasser. 15 (Nbd. 611.) 776 Mill., seit gestern 5 Mill. gestiegen. Thermometerstg. n. Reaum.: Temper. 6,0 W., niedr. Temp. 1,0 W., höchst. Temp. 7,0 W. SSO-Ost Wind. Bedeckt, Nebel. Aussichten für den 3. December: Meist bewölkt, etwas wärmer, meist trocken. **Sonnabend, 3. Decbr.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Noch beschäftigt sich die Presse mit dem angeblichen klerikal-konservativen Bündniß und sucht das Volk mit diesem Schreckbild graulich zu machen, da ist es bereits im Reichstage wieder in die Brüche gegangen. Bei der ersten sachlichen Abstimmung hat es seine Goldprobe nicht bestanden. Die Ultramontanen lehnten größtentheils die Kosten für einen allgemeinen deutschen Volkswirthschaftsrath ab; nur Wenige der übrigen unterstützten die Regierung in der Absicht, sich einen besseren Beirath zur Vorbereitung wirthschaftlicher Gesetze zu schaffen, als ihn zur Zeit die Handelskammern bieten können. Fürst Bismarck erklärte jedoch: diese wiederholte Ablehnung würde ihn nicht geniren, er käme mit der Forderung dieses Instituts immer und immer wieder. Unter allgemeinem Oho-Rufen der Opposition sagte er: in ihrem Widerstande gegen die Errichtung eines Volkswirthschaftsraths liege eine Verachtung der Volkskräfte und des praktischen Lebens; man wolle die Regierung durch Verweigerung dieses Beiraths ohnmächtig und unwissend machen, um sie dann besser und erfolgreicher angreifen zu können. Zur großen Heiterkeit des Hauses führte er das Sprüchwort an: Wer nicht weiß und weiß, daß er nicht weiß, kommt immer weiter als Jener, der nicht weiß und nicht weiß, daß er nicht weiß. Bismarck zieht den praktischen Industriellen den wissenschaftlich gebildeten und bei uns hauptsächlich das Wort führenden Parlamentsmitgliedern vor. Warum aber hegt die liberale Opposition solche Abneigung gegen die Einberufung von Industriellen, Landwirthen, Handwerkern und einfachen Arbeitern behufs Vorprüfung volkswirthschaftlicher Gesetze? Es ist die leidige Furcht vor Konkurrenz. Bambergern und Eugen Richtern bangt, wie Dr. Frege-Borna bemerkte, um ihre Parlamentsherrlichkeit. Der Volkswirthschaftsrath würde, besorgen sie, den Reichstag in den Schatten stellen. Volksvertreter, die sich unbefangen und ohne Nebenabsichten ihren hohen Aufgaben widmen wollen, sollten sich freuen, wenn die Regierung sachkundige Kräfte aus dem Volke zur Gesetzgebung heranzieht. Statt dessen mißbrauchten die Fortschrittler ihre zufällige Mehrheit, um die weitere Erörterung der Frage durch jähen Debattenschluß zu ersticken. Die Sozialdemokraten kamen gar nicht zum Worte und beschwerten sich darüber so, daß zwei der übrigen Ordnungsrufe erhielten. Da nun die Bildung eines deutschen Volkswirthschaftsraths unmöglich ist, so werden vielleicht die einzelnen Bundesstaaten Beisitzer zu dem preußischen Volkswirthschaftsrath nach Berlin senden.

Warum verweigerte das Centrum der Regierung seine Unterstützung in einer Frage, auf die sie soviel Werth legt? Nicht aus inneren, nur aus taktischen Gründen. Windthorst will der Regierung praktisch vor Augen führen, daß er Herr der Situation ist. Wohin Windthorst seine schwarzen Husaren abschwenken läßt, dahin neigt sich der Sieg im Reichstage. Er setzt einen Preis auf seine Bundesgenossenschaft und erhärtet damit das Wort Bismarck's, daß das Centrum dem Staate sehr unbequem werden kann, aber nicht so gefährlich wie die Fortschrittspartei. Unter den letzten Aussprüchen Bismarck's wird derjenige viel besprochen, womit er sich als Gegner der obligatorischen Civilehe bekannte. Der Reichskanzler erklärte, daß er sich s. Z. nur mit Widerstreben zur Empfehlung dieses Instituts entschlossen habe, lediglich weil seine Kollegen im Ministerium sonst mit ihrem Rücktritt gedroht hätten. Diese Bemerkung richtet ihre Spitze direkt gegen den Exminister Falk und sie ist umso interessanter, als damals Bismarck als preußischer Ministerpräsident im Landtage die Einführung der Civilehe als eine unbedingte Nothwendigkeit empfahl. Das jetzige Bekenntniß Bismarck's, daß er ein Gegner der Civilehe sei, wird als willkommene Musik in den Ohren jener orthodoxen evangelischen Geistlichen klingen, die in der Einführung der bürgerlichen Eheschließung eine Gefährdung ihres Einflusses erblicken. Sie kommt aber auch den ultramontanen bayerischen Abgeordneten zu Hilfe, die sich jetzt vom Reichstage nach München begeben haben, um auf dem Landtage einen letzten entscheidenden Coup zum Sturze des verhaßten Ministers v. Lutz zu führen. Unter den Anklagen der bayerischen Kammer gegen die Regierung von Lutz befand sich auch die Beschwerde gegen die Civilehe; die klerikale Mehrheit nahm einen Antrag auf deren Abschaffung an, während Herr v. Lutz fest erklärte: er werde einen solchen Antrag dem Könige nicht zur Genehmigung empfehlen. Jetzt scheint aber Fürst Bismarck aus höheren Gründen seinen Münchener Schützling, Lutz, fallen lassen zu wollen; die bayerischen Abgeordneten, an ihrer Spitze der Präsident v. Franckenstein, reisten mit der Zuversicht nach München ab, daß die Tage des Herrn v. Lutz gezählt seien. Binnen Kurzem wird man sehen, ob diese Annahme guten Grund hatte.

Alle diese Dinge drängt aber die Thatsache in den Hintergrund, daß die Gesundheit des Kaisers es gebietet, ihn zunächst mit Regierungsgeschäften, abgesehen von den allerdringlichsten, zu verschonen. Der Reichskanzler arbeitet daher bereits in „dienstlichen Beschäftigungen" mit dem Kronprinzen. Da der Kronprinz sich von politischen Angelegenheiten streng fern hält, so weit sie ihm nicht durch den Kaiser besonders übertragen sind, so muß etwas Derartiges stattgefunden haben. Die Freihandelspartei vermag kaum ihre Hoffnungen zu unterdrücken. Eines ihrer vorlautesten Blätter erörtert bereits, welchen Wirkungskreis Fürst Bismarck unter dem künftigen Hohenzollern-Kaiser zugewiesen erhalten würde und zieht eine Parallele mit dem genialen Fürsten Kaunitz, der unter drei Herrschern gedient. Unter Maria Theresia, habe man damals gesagt, sei Fürst Kaunitz allmächtig gewesen, unter Joseph mächtig, unter Leopold ohnmächtig. Jenes Blatt giebt zu erkennen, daß demnächst Fürst Bismarck die Kaunitz'schen Entwickelungsstufen durchmachen werde, jedoch mit Ueberspringung der Mittelsprosse. Daß es ganz anders kommen kann, wurde schon gestern hier erörtert.

Die Thronrede, mit welcher der König von Rumänien am Sonntage die Kammern eröffnete, hat in Oesterreich den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht. In der Stelle, welche von der Donaufrage (Regelung der Schifffahrt stromabwärts von dem Eisernen Thore bis zur Mündung) handelt, erblickt man einen direkt gegen Oesterreich gerichteten Angriff, welcher nicht einmal in der offenen und sogar brüsken Ausdrucksweise die Grenzen der Höflichkeit innehält, die sonst gewöhnlich Auslassungen von so hoher Stelle gezogen sind. Es dürfte wohl noch nicht vorgekommen sein, daß in der Thronrede eines Monarchen dem Nachbarreiche vorgeworfen wird, es mißbrauche die Rinderpest als Vorwand, um die Grenzen abzuschließen; Rußland gegenüber würde man sich in Bukarest eine solche Sprache nicht erlaubt haben. Der Königl. Rumänische Leitartikel, Thronrede genannt, entbehrt der üblichen Königl. Würde, was man aber dem neubackenen Königreiche nicht so übel nehmen darf; es befindet sich eben noch in den Jahren jener Jugend-Entwickelung, welche den Titel eines bekannten Romanes von Jean Paul führt.

Bei den soeben vorgenommenen Gemeinderathswahlen in Frankreich haben die Gambettisten einen neuen Erfolg davongetragen. In Frankreich wählen die Gemeinden einen Theil der Senatoren. Hierbei unterlagen nun die Konservativen. Der Senat wird im nächsten Jahre eine Mehrheit in sich schließen, welche den Plänen Gambetta's größere Willfährigkeit entgegenbringt, als die jetzige. Der wichtigste ist die Umgestaltung des Senates selbst und die Einführung der Listenwahl für die Deputirtenkammer. Hat er Beides erreicht, so wird Gambetta den Präsidenten Grévy bitten, noch vor Ablauf seiner Regierungszeit den Elyseepalast zu verlassen, damit er ihn selbst zunächst als Präsident der Republik, dann als Kaiser Gambetta I. beziehen kann.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 2. Decbr.

Berlin. Reichstag. Präsident v. Levetzow theilt mit, daß Abg. Frohme die Erklärung abgegeben, seine gestrigen Aeußerungen, die ihm den Ordnungsruf zugezogen, habe nicht den gegenwärtigen Präsidenten und dem jetzigen Reichstag, sondern den vorigen Reichstage gegolten. Präsident v. Levetzow hielt trotzdem den Ordnungsruf aufrecht, da er auch den vorigen Reichstag nicht beleidigen lassen dürfe. Dann wird die Etatsberathung fortgesetzt. Beim Titel Reichskommissariate erörterte Dr. Lingens die Ursachen der starken Auswanderung. Eine große Unzufriedenheit mit den heimathlichen Verhältnissen sei vorhanden; namentlich treibe der Kulturkampf viele Tausende aus dem Lande. Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Im nächsten Frühjahr werde dem Reichstage ein Auswanderungsgesetz zugehen. Auch die übrigen Staaten zeigen eine starke Zunahme der Auswanderung. Es betrug die deutsche Auswanderung über Hamburg und Bremen 1877 20,000, 1878 28,000, 1879 28,000, 1880 94,000 Personen, die nichtdeutsche Auswanderung über dieselben Häfen 1877 21,000, 1878 23,000, 1879 22,000, 1880 54,000. Die Auswanderung aus Oesterreich-Ungarn über jene Häfen stieg in den gen. Jahren von 7016 auf 28,639, die aus Dänemark, Schweden und Norwegen von 1209 auf 12,709 Personen. Die Fürsorge für die Auswanderer sei der privaten Thätigkeit zu überlassen; es könne darin sehr leicht zu weit gegangen und die Auswanderung gefördert werden. Der Staat habe ein Interesse daran, seine Angehörigen zusammen zu halten. Meyer-Bremen: Die Hauptursache der Zunahme der Auswanderung liege lediglich in den blühenden Zuständen der Vereinigten Staaten. Kulturkampf und Zölle könnten wohl etwas dazu beitragen. Wenn in Amerika eine Krisis eintrete, dann werde die Auswanderung nachlassen. Er wünscht ein Gesetz zum Schutz der Auswanderer. Kapp bedauert auch die starke Auswanderung, nicht aber, daß dieselbe nach den Vereinigten Staaten Amerika's gehe, wo sie geordnete und verwandte Verhältnisse finde. Je weniger man in die privaten Verhältnisse der Einzelnen eingreife, je freier man die wirthschaftlichen Kräfte sich frei entfalten lasse, desto mehr werde die Auswanderung abnehmen. Er wünsche auch staatlichen Schutz der Auswanderer. Dr. Macard nennt einen Fall aus seinem Wahlkreise, wie Viele infolge des Kulturkampfes ausgewandert seien. Frohme: An der Zunahme der Auswanderung trage das Sozialistengesetz die Schuld. Leuschner-Eisleben: An der Auswanderung können die Zölle nicht Schuld sein, weil dieselben in Nordamerika viel höher seien als bei uns. Will man die Kräfte der Auswandernden dem Vaterlande erhalten, so gebe es dazu nur ein Mittel: Kolonisation. Dr. Hirsch: Die Erhöhung der Tabaksteuer gehöre mit zu den wesentlichsten Ursachen der Auswanderung; das Monopol würde dieselbe noch gewaltig steigern. Leuschner: In Amerika sei die Tabaksteuer höher als bei uns. v. Minnigerode: Infolge der ungünstigen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten in den letzten 6–8 Jahren war die Einwanderung dahin auf ein Minimum gesunken; heute, wo sich die Verhältnisse drüben so wesentlich gebessert, sei auch naturgemäß die Auswanderung gestiegen. Richter-Hagen: Für den gutmüthigsten Menschen giebt es eine Grenze, bis zu welcher er Mißverhältnisse im Inlande ertragen kann, bei uns ist diese Grenze infolge der neuen Wirthschaftspolitik erreicht. v. Minnigerode: Für den gutmüthigsten Zuhörer giebt es eine Grenze, bis zu welcher er unbegründete Behauptungen anzuhören vermag. Richter-Hagen: Der Vorredner sitzt so nahe an der Thür, daß ich ihm rathe, hinauszugehen. v. Minnigerode: Vom Anstandsgefühl des Vorredners erwarte ich, daß er die eben gethane Aeußerung zurücknimmt. Richter thuts nicht. Beim Kapitel „Statistisches Amt" wünschen v. Köhler und Perrot eine Statistik des Volksvermögens, namentlich des Actienwesens und der Verschuldung des Grundbesitzes, Dr. Hirsch eine bessere Statistik des Bildungs- und Sittlichkeitsstandes der Bevölkerung, der Wohlfahrtsthätigkeit, der Hilfskassen, des Armenwesens u. s. w., Frhr. v. Ow eine Statistik des in ausländischen Werthpapieren angelegten Kapitals. Staatssekretär v. Bötticher sagt dieserhalb Erwägungen zu. Beim Kapitel Reichsgesundheitsamt wird regierungsseitig für eine der nächsten Sessionen eine Vorlage betreffs der Weinfälschung zugesagt. Der Abg. Baumbach weist auf die Schädigung hin, die die Spielwaaren-Industrie, namentlich im sächsischen Erzgebirge und Thüringen, durch die ungleichmäßige Beurtheilung über die Zulässigkeit gewisser Farben für Spielwaaren erwächst. Er will in dieser Beziehung „Schutz der nationalen Arbeit", den Zollschutz bedürfe die Spielwaaren-Industrie vor der Hand nicht; derselbe habe sie sogar geschädigt, indem von anderen Ländern Repressalien ergriffen worden sind. Regierungsseitig wird eine diesbezügliche Verordnung in Aussicht gestellt. Von verschiedenen Seiten wird bedauert, daß die Ausführungs-Verordnung zum Nahrungsmittelgesetz noch nicht erschienen sei. Minister v. Bötticher entgegnete, daß die Differenz der Meinungen der technischen Sachverständigen die Sache sehr erschwert habe, doch werde jetzt darauf hingewirkt, daß es etwas schneller damit vorwärts gehe. Sonnemann wünscht bessere Beleuchtung der Journalistentribüne. — Nächste Sitzung morgen.

Berliner Börse. Auf die gestrige günstige Haltung der Börse folgte heute eine gewisse Mattigkeit, die erst am Schluß einer größeren Lebhaftigkeit und Festigkeit Platz machte. Liquidationsschwierigkeiten in Paris und schwächere Wiener Meldungen beeinflußten die Stimmung ungünstig. Eisenbahnen fest. Für Berlin-Hamburg coursiren Verstaatlichungsgerüchte. Die großen spekulativen österreichischen Bahnpapiere blieben fest. Von Banken erfuhren die spekulativen große Schwankungen, ebenso die spekulativen Montanpapiere, die schließlich etwas höher blieben. Fonds und Renten unverändert. Russen belebt.

Lokales und Sächsisches.

— Noch immer will sich im Befinden des jungen kranken Prinzen Albert keine erhebliche Besserung zeigen und noch immer liegt er ununterbrochen zu Bett. Die früheren so bedenklichen Blutungen sind zwar seit mehreren Monaten nicht wieder aufgetreten und der Prinz nimmt auch seit kurzer Zeit wenigstens wieder Fleischnahrung zu sich, allein — eine Zunahme der Kräfte kann nicht konstatirt werden.

— Der Obergestütswärter Püttner in Moritzburg empfing das allgemeine Ehrenzeichen.

— Landtag. Bei der gestrigen Berathung der Petition von 340 Kopisten um Fixirung der Schreibelöhne stellte Referent Gelbke zunächst richtig, daß das Minimaleinkommen der Kopisten nicht 1313 Mk., wie im Deputationsbericht irrthümlich steht, sondern 313 Mk. (!) beträgt und empfahl sodann dem Hause, die Petition zur Kenntnißnahme an die Regierung zu übermitteln. Abg. Prüfer bemerkte, die Lage der Gerichtsschreiber sei keineswegs so schlimm, als sie geschildert; eine Fixirung der Schreibelöhne bedeute eine Erhöhung der Staatsausgaben und benachtheilige den besseren Kopisten gegenüber dem minderfähigen. Abg. Uhlemann-Görlitz stellt dagegen den Antrag, die Beschlußfassung über den Gegenstand bis zur Berathung des Etats über die für die Land- und Amtsgerichte, sowie Staatsanwälte erforderlichen Zuschüsse auszusetzen und an die Finanzdeputation zu überweisen. Abg. Bönisch schließt sich diesem Antrag an, worauf letzterer von der Kammer einstimmig angenommen wurde. — Die nächste Sitzung findet Montag statt. Auch die erste Kammer wird nach fast zehntägiger Pause ihre Sitzungen kommenden Dienstag wieder aufnehmen.

— Die Finanzdeputation der 2. Kammer berieth vorgestern die Einnahmeposten: Elsterbad und Leipziger Zeitung. Es kam dabei zu manchen Ausstellungen wegen des geringen Interesses, welches die Lectüre des hiesigen Regierungsorganes seinen Lesern zu bieten pflegt.

— Das zweite Verzeichniß der Beschwerde- und Petitions-Deputation der 2. Kammer enthält 50 Petitionen, darunter allein 17 die Errichtung eines Landgerichtes in Zittau betr. Außer diesen letzteren wurden zur eigenen Berichterstattung überwiesen die Petitionen der Gemeinde Hirschsprung um Beihilfe zur Abminderung ihrer antheiligen Kirchenschuld, der Gemeinde Plauen bei Dresden, Aufhebung der Bestimmung in § 23 2 der revidirten Landgemeindeordnung betr., drei Petitionen um Aufhebung des Kurius der obligatorischen Fortbildungsschule, die Petitionen der Gemeinde Cranzahl um Einbezirkung in den Amtsgerichtsbezirk Annaberg, des Gutsbesitzers Uhlemann zu Mülbitz, die Aufhebung des Gesetzes vom 30. November 1843, Theilung des Grundeigenthums betr. und des Gutsbesitzers Heitzsch zu Wolfsitz um Einführung eines Gesetzes gegen Waldschaden, sowie schließlich eine Beschwerde Heinr. Gottl. Kramer's in Plauen i. V. wegen Ablehnung der gegen den Amtsrichter Peschke und den Referendar Hauser in Eibenstock beantragten Einleitung der Disziplinaruntersuchung. Der Finanz-Deputation wurden zugetheilt die Petitionen des Gutsbesitzers Floß-Wermsdorf um Beseitigung der in der Mulde befindlichen Inseln auf Kosten des Staates; des demokratischen Vereins in Sachsen betreffs Wegfall des Zuschlags zur Einkommensteuer; fünf Petitionen, darunter eine von dem allgemeinen Hausbesitzerverein in Dresden um Aufhebung bez. Ermäßigung der staatlichen Grundsteuer; eine Petition der Gemeinde Löbtau, den Bau einer normalspurigen Bahn von Dresden über Löbtau und Wilsdruff nach Deutschenbora betr., und endlich die Petition der Gemeinde Wilsdruff betreffs Erbauung einer Bahn von Dresden ev. Potschappel oder Löbtau nach Wilsdruff in dem Triebischthale. Eine Beschwerde der Invaliden der Bockwa-Oberhohndorfer Knappschaftskasse über die Zustände der letzteren wurde zur eigenen Berichterstattung überwiesen. Alle übrigen Petitionen betreffen größtentheils die Herstellung, Weiterführungen oder bauliche Einrichtungen von Eisenbahnlinien, mit deren Berathung sich zunächst die Finanzdeputationen beschäftigen.

— Der Militär-Etat des Königreichs Sachsen wurde von der Budgetkommission des Reichstags unverkürzt genehmigt.

— Am 12. d. M. beginnt im hiesigen Landhause wieder eine Ausloosung Kgl. sächs. Staatspapiere.

— Die Herren Vorstände von Gewerbebetriebsanlagen, denen gegen Ende des Monats Juli stadträthlicherseits im Auftrage der Reichsregierung Tabellen zur Gewinnung statistischen Materials für Zwecke der Unfallversicherungs-Gesetzgebung zugegangen sind, werden daran erinnert, daß diese Tabellen mit gestern abgeschlossen und zur Abholung durch stadträthliche Organe bereit gehalten werden müssen. Am Fuße der Tabelle I. (Formular A) ist noch kurz anzugeben, ob die verwendeten Arbeiter seiten der Fabrik gegen alle Unfälle, bez. nur gegen die im Haftpflichtgesetz vorgesehenen Fälle, oder gar nicht versichert sind.

— Die Vereidigung der Rekruten beider Grenadier-Regimenter und des Schützenregiments hat gestern Vormittag von 9 Uhr ab stattgefunden, und haben an dem feierlichen Acte über 1700 junge Mannschaften theilgenommen. Das Offizierkorps, sowie die Unteroffiziere unseres ruhmreichen Schützenregiments Nr. 108 versammelten sich gestern Nachmittag in ihren Casinos zu einem Diner, letztere von 6 Uhr an zu Concert und geselligem Beisammensein, um den elften Gedenktag der Ausfallsschlacht von Villiers zu feiern, in welcher bekanntlich 711 Mann von der tapferen Truppe kampfunfähig wurden, indem 13 Offiziere und 205 Schützen auf dem Felde der Ehre starben, 23 Offiziere und 470 Mannschaften aber verwundet wurden. Von einer offiziellen Gedenkfeier sieht man seit dem 2. December 1880, dem 10. Jahrestage jenes furchtbaren Kampfes vor Paris, ab.

— In der nunmehr beendeten Schwurgerichtsperiode wurde an 9 Sitzungstagen in 20 Hauptverhandlungen gegen 24 männliche und 12 weibliche Angeklagte verhandelt; 11 Personen wurden vollständig freigesprochen und übrigens in 13 Fällen auf 50 Jahre 4 Monate Zuchthaus, in 12 Fällen auf 9 Jahre 10 Monate Gefängniß und 4 Wochen Haft erkannt. — Der Pfandleiher